02 / 2013 www.SBL2013.de 18.01.13

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
am Sonntag ist der Auftakt für unser Superwahljahr 2013! Die Landtagswahl Niedersachsen wird uns Rückenwind geben für die kommenden 247 Tage!
Es ist ein Kopf-an-Kopf-Rennen, aber ich bin sehr zuversichtlich! Wahlkampf- kommt von KÄMPFEN. Deshalb müssen auch wir bis zum Wahltag KÄMPFEN. Dies gilt für die Landtagswahl und umso mehr für die Bundestagswahl. Lasst euch nicht entmutigen oder verwirren durch die Diskussionen der vergangenen Tage und Wochen- diese Kampagne gegen Peer mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten ist durchschaubar und wird nicht mehr lange fruchten. Die Menschen wollen Offenheit und Ehrlichkeit in der Politik. Sie wollen Politiker mit klarer Kante und keine weichgespülten und kreidefressenden 0815 Politiker. Aber wenn dann einer mal den Mund aufmacht, (sicherlich hätte man sich die ein oder andere Bemerkung sparen können – aber gelogen war es nie. Immer Ehrlich!), dann können sie es nicht ertragen.
Deshalb: Lasst uns kämpfen, lasst uns zusammenhalten. Nur gemeinsam werden wir gewinnen können! Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Niedersachsen – Ein weiterer Meilenstein!

Wir stehen kurz vor der Landtagswahl in Niedersachsen. Und wir sind mitten in einem engagierten Wahlkampf. Wir haben seit 2009 Schritt für Schritt an politischer Stärke gewonnen. Wir haben unsere Positionen geklärt. Wir haben unseren Kampfgeist behauptet. Wir haben unsere Machtperspektive auf Rot-Grün eingestellt. Und vor allem haben wir das Vertrauen der Menschen gewonnen. Wir haben Hunderttausende von Wählerinnen und Wählern neu überzeugt, uns die Stimme zu geben.
In Nordrhein-Westfalen haben wir 2010 Schwarz-Gelb im wichtigsten Bundesland aus dem Amt befördert und eine bundespolitische Wende eingeleitet. Seitdem ist die Regierung Merkel in der Defensive und ohne Mehrheit im Bundesrat. Das war eine herausragende strategische Weichenstellung, wie sich nicht zuletzt an der Auseinandersetzung um Steuergerechtigkeit in Deutschland gezeigt hat. Wir konnten die Fortsetzung der Klientelpolitik stoppen. Wir haben weitere Steuerprivilegien für Wohlhabende verhindert, die unsere Kommunen ausbluten lassen. Wir haben Steuerhinterziehung entschlossen bekämpft, auch mit dem Aufkauf von Steuer-CDs. Straftaten wurden aufgedeckt. Die Beihilfe von Banken wurde Thema. Jahrelanges Lamentieren war damit vorbei. Wir hatten endlich ein scharfes Schwert. Und wir haben den Bundesrat genutzt, um ein falsches, ein schwaches, ein löchriges Steuerabkommen mit der Schweiz zu verhindern.
Wir haben 2011 in Hamburg ein schwarz-grünes Experiment beendet und mit Olaf Scholz die absolute Mehrheit gewonnen. Klare Verhältnisse! Wir haben 2011 Schwarz-Gelb im schwarzen Stammland Baden-Württemberg beendet und gemeinsam mit den Grünen den Wechsel geschafft. Wir haben im Jahr 2011 in Ost und West, in Sachsen-Anhalt, in Rheinland-Pfalz, in Bremen, in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin sozialdemokratische Regierungsverantwortung. verteidigt und behauptet. Und wir haben 2012 mit Hannelore Kraft aus einer rot-grünen Minderheitsregierung eine rot-grüne Mehrheit in Nordrhein-Westfalen gemacht. Auch hier: Klare Verhältnisse! Wir sind stark geworden.
Jetzt stehen wir in Niedersachsen 2013 in der nächsten Auseinandersetzung. So wie wir 2010 die schwarz-gelbe Mehrheit der Länder in Nordrhein-Westfalen gebrochen haben, so geht es jetzt in Niedersachsen darum, eine rot-grüne Gestaltungsmehrheit im Bundesrat zu gewinnen. Das ist ein weiterer Meilenstein in Richtung Politikwende in Deutschland.

International

50 Jahre Elysée-Vertrag – Treffen mit Freunden!

In der nächsten Woche erhält aus Anlass von 50 Jahren Elysée-Vertrag die deutsch-französische Partnerschaft viel Aufmerksamkeit. Auch der Bundestag und die Assemblée nationale werden eine gemeinsame Erklärung abgeben. Darin bekräftigen wir den großen Wert der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern. Deutschland und Frankreich sind die größten Volkswirtschaften des Euroraums und sie stehen gemeinsam für mehr als ein Drittel der Wirtschaftskraft in der Europäischen Union. Nur wenn diese beiden Partner gemeinsam handeln, kann Europa seine Krise überwinden. Ich glaube, es geht bei diesem Jubiläum um viel mehr als eine Feierstunde, die den Alltag unterbricht. Es geht darum, der Zukunft im Alltag gerecht zu werden und gemeinsame wirtschaftspolitische Initiativen Deutschlands und Frankreichs für ein stärkeres Europa umzusetzen. Wir haben gemeinsam mit den französischen Sozialisten die Finanztransaktionssteuer auf die Tagesordnung gebracht. Gemeinsam haben wir mit Unternehmen und Gewerkschaften beider Länder auf einem Europäischen Industrieforum in Berlin Wege zur industriellen Erneuerung Europa gewiesen. Wir wollen den Mittelstand beider Länder stärken. All das sind konkrete Aufgaben, die wir angehen müssen.

Arbeit & Soziales

Arbeitsbedingungen – Das muss weltweit unter die Lupe!

Die schlimmen Brandunglücke in Textilfabriken in Bangladesch und Pakistan (wo auch KiK und C&A produzieren), bei denen im vergangenen Herbst 350 Arbeiterinnen starben, haben auf erschreckende Weise verdeutlicht: Die Arbeitsbedingungen sind in vielen Produktionsstätten katastrophal. Damit sich diese Zustände verbessern, müssen wir an vielen Fronten kämpfen.

Ein wichtiger Punkt ist mehr Transparenz darüber, unter welchen Bedingungen Firmen weltweit ihre Waren produzieren. Diese Offenlegungspflichten fordern wir in einem Antrag, den die Regierungsfraktionen im Ausschuss leider abgelehnt haben.

Für eine wirksame Durchsetzung sind europaweit einheitliche Regeln nötig. EU-Binnenmarktkommissar Barnier hat eine begrüßenswerte Initiative gestartet. Statt dies zu unterstützen, bremst die Regierung Merkel jedoch alle Bemühungen um mehr Transparenz aus. Damit verhindert Schwarz-Gelb, dass Missstände aufgedeckt und beseitigt werden.

CDU/CSU und FDP wollen die Verbraucher offenbar ahnungslos halten und lassen damit auch die Beschäftigten im Regen stehen. Bisher gelten in Deutschland selbst für Konzerne nur lasche Berichtspflichten hinsichtlich der Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Arbeitsbedingungen und Umwelt.

Wir wollen deshalb alle großen Unternehmen verpflichten, diese Informationen nach einheitlichen Standards, wahrheitsgemäß und vollständig offenzulegen. Kleine und mittlere Unternehmen sollen später angemessen einbezogen werden. Es muss öffentlich werden, wo Niedriglöhne gezahlt werden, wo sich Arbeitsunfälle häufen, wo Betriebsräte wie in Bangladesch behindert werden und wo Kinderarbeit stattfindet.

Nur so können sich Verbraucherinnen und Verbraucher für fair und nachhaltig hergestellte Produkte entscheiden und damit zu besseren Arbeitsbedingungen weltweit beitragen.

Kurzarbeitergeld - !

Ein wichtiger Puffer gegen eine Wirtschaftskrise ist das konjunkturelle Kurzarbeitergeld (KuG). Damit wurde bereits in der vergangenen Krise erfolgreich Arbeitslosigkeit vermieden. Arbeitnehmer konnten ihre Arbeit behalten, Arbeitgeber nach der Krise unmittelbar wieder durchstarten, ohne Personal suchen zu müssen.

Die Kurzarbeit hat sich bewährt und dafür gesorgt, dass Deutschland besser als seine Nachbarn durch die Krise kam. Diese Möglichkeit möchten wir auch im Jahr 2013 eröffnen. Wie das erfolgen kann, skizzieren wir in unserem Antrag „Künftige Wirtschaftskrisen erfolgreich meistern – Kurzarbeitergeld unter erleichterten Bedingungen wieder einführen“, der diese Woche im Plenum beraten wurde. Wir schaffen damit keinen einzigen neuen Kurzarbeiter. Wir wollen lediglich die Bedingungen dafür schaffen, dass im Krisenfall die Kurzarbeit schnell und unbürokratisch eingesetzt werden kann, ohne dass noch langwierige Gesetzesänderungen nötig sind. Diesen Montag hat die VW-Tochter MAN tausende Mitarbeiter für ein halbes Jahr in Kurzarbeit geschickt. Das wird wahrscheinlich nur der Anfang sein, andere werden folgen. Wer klug ist, sorgt vor.

Bonbon

„Schwarz-Gelb hat bewiesen, dass sie es nun wirklich nicht können. Die sind nicht nur handwerklich schlecht, die sind auch inhaltlich schlecht“

(Michael Sommer, DGB)

Tierschutz

Artgerechte Haltung – Die Kommunen sollen mitreden!

Unsere Bundestagsfraktion fordert deutliche Einschränkungen beim Zubau von großen Intensivtierhaltungsanlagen im Außenbereich. Die Privilegierung der Tierhaltung muss im Baurecht künftig dann entfallen, wenn die jeweils unteren Schwellwerte nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung erreicht sind. Durch das Baugesetzbuch müssen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass eine ökologische und tiergerechte Tierhaltung gefördert sowie ökologisch nicht vertretbare Intensivtierhaltungsanlagen vermieden werden. Einen entsprechenden Forderungskatalog haben wir bereits 2011 in einem Antrag zur Intensivtierhaltung vorgelegt, der von Schwarz-Gelb abgelehnt wurde.

Anlagen der gewerblichen Intensivtierhaltung dürfen nicht länger zu denjenigen baulichen Anlagen gehören, denen Paragraf 35 Baugesetzbuch das Privileg zubilligt, im Außenbereich – auf der grünen Wiese – errichtet werden zu dürfen.

Die Intensivtierhaltung in Deutschland stößt in ihrer gegenwärtigen Form auf immer größeren Widerstand in der Bevölkerung. Der Zubau großer gewerblicher Stallanlagen in Deutschland beunruhigt Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere in den Zentren der intensiven Tierhaltung befürchten sie gesundheitsschädliche Staub- und Keimemissionen aus den Ställen und negative Auswirkungen auf die Boden- und Grundwasserhaushalte durch zu viel Gülle und Mist auf den Acker- und Grünlandflächen.

In den Zentren der intensiven Tierhaltung sind die Grenzen der Belastbarkeit der Boden- und Wasserhaushalte erreicht. In den vergangenen Jahren konnten die Nährstoffüberschüsse trotz der Umsetzung technischer und administrativer Maßnahmen nicht soweit gesenkt werden, dass europarechtliche Vorgaben zum Schutz der Böden und des Grundwassers eingehalten werden. Die SPD-Bundestagsfraktion will den Kommunen Steuerungsmöglichkeiten an die Hand geben, um den Bau solcher Anlagen entweder im Außenbereich ganz auszuschließen oder deren Ansiedlung dort planen zu können, wo es städtebaulich und ökologisch verträglich ist – und wo sie die Anwohner nicht stören.

Termine

19.01.13	**12.00 Uhr**	**Mädchenfußballturnier in Gebhardshain**
	14.00 Uhr	**BI Bahnlärm Bad Hönningen**
	19.11 Uhr	**Funken Rot-Weiss NR**
20.01.13	**11.00 Uhr**	**Neujahrsempfang SPD Linz**
	13.30 Uhr	**Neujahrsempfang SPD Dierdorf**
21.01.13	**11.30 Uhr**	**Verleihung Ehrenamtspreis NR**
	14.00 Uhr	**Verleihung Ehrenamtspreis AK**
	16.30 Uhr	**Besuch CJD Wissen**
22.01.13	**Berlin**	**50 Jahre Elysée-Vertrag**
23.01.13	**10.00 Uhr**	**Gespräch zum Stegskopf in Emmerzhausen**
	14.30 Uhr	**Gespräch VR Bank, NR**
	19.00 Uhr	**Vortragsabend in Bitzen**
24.01.13	**10.00 Uhr**	**Betriebsbesuch WERIT Altenkirchen**
	18.00 Uhr	**Gespräch mit SPD Arbeitsgemeinschaften Kreis NR**
25.01.13	**09.00 Uhr**	**Internationales Frauenfrühstück Betzdorf**
	15.30 Uhr	**Betriebsbesuch Wirtgen, Windhagen**
	19.11 Uhr	**Prinzenfete Windhagen**